Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 85 (1993)

Heft: 1

Artikel: Nicht Anbiederung sondern Gegenmacht

Autor: Vollmer, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355416

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

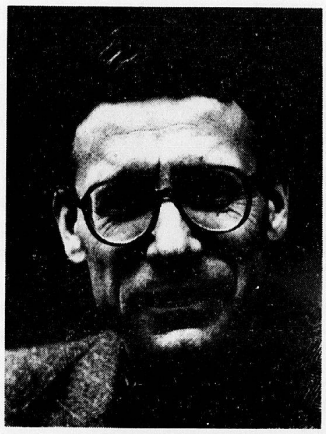
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nicht Anbiederung sondern Gegenmacht

Dem Rechtspolulismus muss man den Boden real entziehen. Das heisst: Kampf für verstärkte soziale Sicherheit, für demokratische Öffentlichkeit und Geborgenheit.



Von Peter Vollmer, SP-Nationalrat und VPOD-Sekretär

Noch vor dem 6. Dezember wurden die EWR-Befürworter immer wieder mit den gutgemeinten Ratschlägen eingedeckt, ihre Pro-Haltung endlich ebenso «populär und volksnah» zu vertreten, wie es Blocher und Konsorten mit offensichtlichem Erfolg getan haben. Soziologische und politologische Untersuchungen über die Hintergründe des Stimmverhaltens haben es heute an den Tag gebracht: Die EWR-Abstimmung war bei einem nicht unbedeutenden Wählerinnen- und Wählerteil vielmehr von kulturell-affektiven Faktoren geprägt als vom politischen und interessengebundenen Abwägen der Vor- und Nachteile eines EWR-Beitrittes. Den Gegnern ist es also gelungen, einer rechtskonservativen Gesellschaftsströmung für die Zukunft eine Bresche zu schlagen.

Dass Rechtspopulismus nicht einfach mit einer populären» Links-Politik gekontert werden kann, ist offensichtlich.

Rechtspopulismus ist nichts anderes als eine ganz bestimmte Methode einer rechtsgerichteten autoritären Politik. Ob Blocher hierzulande, Haider in Österreich, Le Pen in Frankreich oder Schönhuber in Deutschland: die Argumentationslinien sind immer dieselben. Vorhandene Unsicherheiten, Ängste, soziale und berufliche Abstiegsbedrohungen und politische Enttäuschungen werden – nicht unähnlich den bekannten Mechanismen im italienischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus – für eine konservative Interessenpolitik instrumentalisiert.

Folgende «Programmpunkte» erweisen sich dabei sozusagen als narrensicher:

- Das Schüren einer im Ansatz vorhandenen Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus. Die «Fremden» als Sündenböcke, als Konkurrenz oder als Bedrohung bisheriger Existenz waren schon immer geeignete Objekte im rechtsnationalen Politsumpf. (Am Beispiel EWR: «Wir würden durch Ausländer überflutet. Entschieden würde in Zukunft alles in Brüssel.»)
- Die Verunglimpfung der sogenannten «Classe politique», also der bisherigen politischen «Eliten» und Parteien. Sie werden undifferenziert für alle Missstände und Enttäuschungen verantwortlich gemacht. Gerade wenn man selber zur Crème des politisch-ökonomischen Filzes gehört, wirken die Angriffe auf die vermeintlich Herrschenden besonders glaubwürdig. Die Gefolgschaft muss sich nicht des Neides beschuldigen. (Am Beispiel EWR: «Bundesrat und Parlament verraten unsere Heimat an die mächtige EG. Mit der Aussenpolitik machen sich einige hohe Beamte nur wichtig und sichern sich ihre Posten.»)
- Die Forderung nach einem massiven Abbau der Steuern und des Einflusses des Staates. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten «drücken» die Lasten vermehrt die wirtschaftlich Schwächeren, welche sich in ihrer Situation vom Staat besonders verlassen oder sich ihm ausgeliefert fühlen. (Am Beispiel EWR: «Das Abkommen verschlingt Millionen von Steuergeldern und eine Heerschar neuer Beamten wäre notwendig.») Rechtspopulismus ist aufgrund seiner Strukturmerkmale in jedem Fall auch eine ernsthafte Herausforderung für die Gewerkschaften, denn er widerspricht in jeder Beziehung den Bemühungen um die Entwicklung zu einer freieren, demokratischeren und sozialeren Gesellschaft.

Dass Rechtspopulismus nicht einfach mit einer «volksnahen und populären» Links-Politik gekontert werden kann, ist offensichtlich. Gefragt ist vielmehr eine Entwicklung, welche die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen, also sozusagen den Nährboden rechtspopulistischer Politik abbaut:

- Also in erster Linie Kampf für eine verstärkte soziale Sicherheit und Einsatz für mehr Gerechtigkeit und solidarischere Arbeits- und Lebensformen. Der sozialen Angst real den Boden entziehen!
- Kampf für die Schaffung (und teilweise Wiederherstellung) einer kulturellen und politisch-demokratischen Öffentlichkeit. Die Gewerkschaften haben sozusagen aus ihrem organisatorischen Ghetto (mit der oft feststellbaren Konzentration auf die ausschliessliche Interessenvertretung der Mitglieder) auszubrechen und damit mitzuhelfen, den zunehmenden Zerfall der (traditionellen) liberalen Öffentlichkeit zu kompensieren.
- Angesichts der festzustellenden sozialen, beruflichen und politischen Auflösungsprozesse (als Folge eines immer mehr auf ein individuelles Kosten-Nutzen-Denken und ohne soziale Einbindungen reduzierten Handelns) könnte es zudem eine nicht unwesentliche Aufgabe der Gewerkschaften sein, mit ihren organisatorischen und gesellschaftlichen Aktivitäten mitzuhelfen, neue und echte demokratische Erfahrungen und Geborgenheit (eben gerade nicht neureligiöse oder esoterische Scheingeborgenheit) zu ermöglichen. Nicht Anbiederung sondern Gegenmacht ist angesagt!